

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat**Interfraktionelles Postulat SVP, FDP, BDP, GLP (Roland Jakob, SVP/Pascal Rub, FDP/Martin Schneider, BDP/Sandra Ryser, GLP): Schulen stärken, Bildung fördern, Abläufe flexibler gestalten!; Fristverlängerung**

In der Stadtratssitzung vom 14. September 2017 wurde die folgende Interfraktionelle Motion in ein Postulat umgewandelt und vom Stadtrat als solches erheblich erklärt:

Die Volksschule der Stadt Bern ist heute in sechs Schulkreise aufgeteilt und wird von sechs Schulkommissionen strategisch und von sechs geschäftsführenden Schulleitungen operativ geführt. Als alter Zopf beibehalten wurde auch das Konstrukt der Volksschulkonferenz, die bei Fragen von gesamtstädtischer Bedeutung entscheidet.

Ausgenommen von den Schulkreisstrukturen arbeitet die Schulkommission der Sprachheilschule, der Heilpädagogischen Schule und der Sonderklassen als ganzstädtische Schulkommission. Dadurch ergibt sich eine einfache und zielorientierte Führung bei der Schulkommission und eine flexible Handhabung der operativen Geschäfte für die Schulleitungen.

Diese Flexibilität fehlt bei den Volksschulen der Stadt Bern aufgrund des eingangs ausgeführten Konstrukts mit den sechs Schulkreisen und der Volksschulkonferenz. Es bestehen ausserdem Paralleltäten und eine unklare Abgrenzung der Zuständigkeiten und der Entscheidungsverfahren der verschiedenen Schulorgane. Eine einheitliche strategische Führung wird so verhindert, was sich negativ auf den Schulalltag auswirkt.

Der Gemeinderat ist daran, die Bildungsstrategie zu überarbeiten. Aus diesem Grund sollten wir die Chance packen, um die Führungsstrukturen der Volksschule der Stadt Bern einfacher und flexibler zu gestalten. Zum Wohle der Schule und unserer Kinder und Jugendlichen wird es Zeit, die starren Strukturen aufzubrechen und alte Zöpfe abzulegen.

Wir fordern deshalb den Gemeinderat auf, dem Stadtrat eine entsprechende Änderung des Schulreglements unter Einbezug von folgenden Punkten zu unterbreiten.

1. Eine Schulkommission für das gesamte Gemeindegebiet der Stadt Bern
2. Ausgestaltung der sechs Schulkreise als rein administrative und operative Organisationseinheiten, die strategisch unter der Führung der Gesamtschulkommission und operativ unter der Führung der jeweiligen geschäftsführenden Schulleitung stehen.
3. Aufhebung der Volksschulkonferenz und einbinden ihrer Aufgaben in die in Punkt eins geforderte Gesamtschulkommission für die Volksschule.
4. Stärkung der operativen Tätigkeit der Schulleitungen durch Überprüfung und Optimierung der Kompetenzregelung zwischen der Gesamtschulkommission und den geschäftsführenden Schulleitungen.

Bern, 07. Mai 2015

Erstunterzeichnende: Roland Jakob, Pascal Rub, Martin Schneider, Sandra Ryser

Mitunterzeichnende: Mario Imhof, Alexander Feuz, Manfred Blaser, Roland Iseli, Erich Hess, Roger Mischler, Bernhard Eicher, Kurt Hirsbrunner, Peter Erni, Lionel Gaudy, Martin Mäder, Isabelle Heer, Marco Pfister, Patrick Zillig, Melanie Mettler, Peter Ammann, Daniel Imthurn, Hans Ulrich Gränicher, Henri-Charles Beuchat, Claudio Fischer, Philip Kohli, Jacqueline Gafner Wasem, Dannie Jost, Claude Grosjean

Bericht des Gemeinderats

Die Überprüfung und Anpassung der Führungsstrukturen der Stadtberner Volksschulen wurden im Zusammenhang mit dem vorliegenden Postulat und bei der Erarbeitung der neuen Bildungsstrategie intensiv diskutiert. Zudem beauftragte der Gemeinderat die Direktion für Bildung, Soziales und Sport im Mai 2016 im Zusammenhang mit dem Bericht Friederich zum Fall Sonnenhof, «die städtische Schulorganisation zu überprüfen und in diesem Zusammenhang insbesondere

- eine Eingliederung der Schulleitungen in eine gesamtstädtische Organisation (z.B. Schulamt) zu prüfen und
- den Bestand und die Funktionen der heutigen Schulkommissionen zu überprüfen».

In der Folge startete die Direktion für Bildung, Soziales und Sport im September 2016 ein Projekt mit folgenden Zielen:

- Eine neue Führungsstruktur ist festgelegt, die einfach, transparent und sachgerecht ist;
- das Schulreglement ist entsprechend angepasst;
- die Umsetzung kann auf dieser Grundlage vollzogen werden;
- Schulbehörden und Politik sehen in den neuen Strukturen eine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation.

In einer ersten Phase setzte die Direktion für Bildung, Soziales und Sport eine Projektorganisation mit Vertreterinnen und Vertretern der Volksschulkonferenz, Schulkommissionen, Schulleitungen, Tagesschulleitungen und Elternräten ein. Das Projektteam hatte die Aufgabe, in einem ersten Schritt die fachliche Optik einzubringen und die Frage zu beantworten, welche Strukturen einer guten Schulführung dienen. In dieser Projektphase wurden drei unterschiedliche Strukturmodelle entwickelt:

- Modell Volksschulkommission (VKM «6-1») mit einer zentralen Schulkommission und 6 Schulkommissionen in den Schulkreisen;
- Einkommissionsmodell (EKM) mit einer gesamtstädtischen Schulkommission;
- Verwaltungsmodell (VM) ohne Schulkommissionen und mit Integration der Schulleitungen in die Direktion für Bildung, Soziales und Sport.

Beim Modell Volksschulkommission wird lediglich eine Optimierung des Status quo angestrebt. Die Volksschulkonferenz soll durch eine Schulbehörde mit Entscheidkompetenzen ersetzt werden. Das Einkommissionsmodell entspricht im Wesentlichen den Forderungen des vorliegenden Postulats. Das Verwaltungsmodell entspricht dem vom Gemeinderat beschlossenen Prüfungsauftrag aus dem Bericht Friederich.

Bei allen drei Modellen bleiben die Schulkreise mit den Schulstandorten, den Schulleitungsteams und den Elternräten erhalten.

Das Einkommissionsmodell und das Verwaltungsmodell haben eine Neuorganisation der Schulleitungen zur Folge; die geschäftsführenden Schulleitungen übernehmen die Führungsverantwortung der Standort-schulleitungen innerhalb der Schulkreise.

Diese erste Phase mit der fachlichen Optik ist inzwischen beendet. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport hat im Sommer die Phase 2 mit dem Ziel gestartet, den politischen Prozess für eine Teilrevision des Schulreglements einzuleiten.

Gemäss aktuellem Zeitplan soll der Stadtrat Ende 2019/Anfang 2020 eine Vorlage für eine Teilrevision des Schulreglements debattieren können. Vorgängig dazu wird die Revisionsvorlage ein Vernehmlassungsverfahren durchlaufen.

Die Inkraftsetzung des revidierten Schulreglements soll auf das Schuljahr 2020/21 erfolgen.

Der Prozess zur Revision des Schulreglements befindet sich noch in vollem Gang. Der Gemeinderat beantragt deshalb dem Stadtrat für den Prüfungsbericht – in Abstimmung auf den Revisionsprozess – eine Fristverlängerung bis 31. Dezember 2019.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Interfraktionellen Postulat SVP, FDP, BDP, GLP (Roland Jakob, SVP/Pascal Rub, FDP/Martin Schneider, BDP/Sandra Ryser, GLP): Schulen stärken, Bildung fördern, Abläufe flexibler gestalten!; Fristverlängerung
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis 31. Dezember 2019 zu.

Bern, 5. September 2018

Der Gemeinderat